

Editorial

Die Monate zwischen den Kreistagen am 9. Juni und am 29. September waren voller politischer Ereignisse und Jahrestage, deren Zusammenhänge auch in der Kommunalpolitik nicht zu vernachlässigen sind.

Auf das Hauptereignis werden wir jedoch nicht eingehen. Die Wahlen

zum Deutschen Bundestag haben die politische Landschaft und die Rolle etlicher Parteien erheblich verändert. Die Publikationen der Kreistagsfraktion sind allerdings weder vorher noch nachher Wahlkampfmaterial. Da sind schon die gesetzlichen Bestimmungen vor. Insoweit verweise ich auf

die Kreiszeitung der LINKEN LOS, den *Widerspruch*. Wir informieren wie immer über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN im Kreistag Oder-Spree und ordnen sie in die politische Entwicklung zwischen den Kreistagen ein.

Dr. Artur Pech, Fraktionsvorsitzender

Zwischen den Kreistagen

Frieden, Krieg und die Folgen.

Der große Krieg

Am 22. Juni jährte sich zum 80. Mal der Tag, an dem das faschistische Deutschland die Sowjetunion überfiel. Danach kam die faschistische Wehrmacht bis vor die Tore von Moskau. Auf ihrem Rückzug hinterließ sie verbrannte Erde. Heute haben wir in vielen Städten und Gemeinden auch unseres Landkreises Ehrenmale und Friedhöfe, auf denen sowjetische Soldaten ruhen, die in der letzten großen Schlacht dieses Krieges in Europa ihr Leben lassen mussten.

Insgesamt 27 Millionen Menschen der UdSSR fanden in diesem Krieg den Tod. Diese Zahl ist so unvorstellbar abstrakt.

Das habe ich am 28. August anders erlebt. Da war ich – nach vielen Besuchen in Buchenwald – das erste Mal am „Pferdestall“. An dem Ort hatte die SS – in einem vorher als Pferdestall genutzten Gebäude – eine Genickschussanlage installiert, um tausende Kriegsgefangene sowjetische Soldaten zu ermorden.

Das perfide Gerede von den „zwei Diktaturen in Deutschland“ wird so richtig bewusst, wenn man hört: Diese Anlage wurde vor der „Inbetriebnahme“ mit deutscher Gründlichkeit „erprobt“. Dazu wurden mal eben acht sowjetische Kriegsgefangene erschossen. Der Erprobungsmörder wurde gefasst

und Ende der 40er Jahre verurteilt. Zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gehört auch, dass er kurz nach ihrer Gründung dank Adenauer freikam. Und die Erben dieser Politik wollen uns heute lehren, wie Faschismus „bewältigt“ werden muss.

Es geht aber auch anders. Für den 4. September hatte ich eine Einladung nach Zeuthen. Auf dem dortigen „Platz der Demokratie“ enthüllte an diesem Tage der Bürgermeister eine Stele. Sie erinnert an die Interbrigadisten, die in Spanien gegen den Faschismus kämpften.

Der spanische Krieg war Vorspiel zum zweiten Weltkrieg in Europa. Der begann nur wenige Monate nach der

Niederlage der spanischen Republik mit dem Überfall auf Polen. Und viele Interbrigadisten kämpften später in Frankreich mit der französischen Resistance gegen den Faschismus und wurden in deutsche Konzentrationslager – darunter Buchenwald – gesperrt und auch umgebracht.

Es spricht für sich, dass der Bürgermeister und die Gemeindevertretung von Zeuthen zum 85. Jahrestag der Bildung der Internationalen Brigaden auf einem Platz daran erinnerten, der in der DDR „Platz der Internationalen Brigaden“ hieß und nach der Wende in „Platz der Demokratie“ umgetauft wurde.

Der „kleine“ Krieg

Aber die Friedensfrage trat uns in den Monaten zwischen den Kreistagen auch in ihrer aktuellen Form entgegen.

Zum ersten Mal seit 1945 hat Deutschland – dieses Mal gemeinsam mit vielen Verbündeten – einen Krieg verloren. Hierzulande wird ja ziemlich verschwurbelt von mehr oder weniger „robusten“ Einsätzen fabuliert, um zu vernebeln, dass in Afghanistan Krieg geführt wurde. Noch als im August im Bundestag um ein Mandat für den Feuerschutz zum Rückzug aus diesem verlorenen Krieg ging, wurde von „Einsatz“ geschwafelt.



Bürgermeister Sven Herzberger bei der Enthüllung der Stele

Ich konnte jedenfalls die Erinnerung an die Position von Karl Liebknecht nicht verdrängen. Der schrieb am 2. Dezember 1914 an den Präsidenten des Reichstages: *„Die deutsche Parole ‚Gegen den Zarismus‘ diente – ähnlich der jetzigen englischen und französischen Parole ‚Gegen den Militarismus‘ – dem Zweck, die edelsten Instinkte, die revolutionären Überlieferungen und Hoffnungen des Volkes für den Völkerhaß zu mobilisieren. Deutschland, der Mitschuldige des Zarismus ... hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen wie des deutschen Volkes muß deren eigenes Werk sein. (S. 63f.)*

Und einen Tag später an den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion: *„Die Ablehnung der Vorlage war nach meiner Überzeugung geboten durch das Parteiprogramm und die Beschlüsse der internationalen Kongresse. Ich bin verpflichtet, im Sinne des Parteiprogramms und dieser Beschlüsse zu wirken.“*

Die Taliban sind nicht der Zar und Afghanistan ist von Deutschland ziemlich weit entfernt. Die Muster, die Karl Liebknecht vor über 100 Jahren entlarvte, sind den heutigen aber mehr als nur ähnlich. Seine Position hat mich ein Leben lang begleitet und es erfüllt mich mit Genugtuung, dass die Schule in Frankfurt (Oder), an der ich vor 55 Jahren mein Abitur machte, noch immer seinen Namen trägt.

Es ist auffällig, dass in den Medien nun über strategische oder taktische Fehler der Kriegführung in Afghanistan diskutiert, das Kernproblem aber weitgehend umgangen wird: Der Export der westlichen Demokratie („Regimechange“) ist genauso gescheitert, wie Jahre zuvor der Versuch des Exports der Revolution in dieses Land.

Eine mächtige Koalition ist damit einem Gegner unterlegen, über dessen Rückständigkeit und Ablehnung sich alle einig waren und sind. Da stellt sich nur Frage: Woher nahm dieser Gegner die Kraft, einen 20-jährigen

Krieg nicht nur zu überstehen, sondern auch noch zu gewinnen? Lag das wirklich nur an der Dummheit und Ignoranz einiger westlicher Politiker und Militärs?

Sein erklärtes Ziel hat „der Westen“ nicht erreicht – andere Ziele aber schon. Es ist eben nicht nur von den großen Verlusten zu reden, sondern auch davon, für wen die vielen für den Krieg aufgewendeten Milliarden zu Profiten wurden.

Wieder einmal sollten Ziele mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden – und wieder einmal ging das schief. Das sollte zumindest nachdenklich machen angesichts einer Politik, in der die soeben gescheiterte Koalition gerade gegenüber ändern, deutlich besser ausgestatteten Mächten, verstärkt auf Militär, auf Rüstung, auf Kanonenbootpolitik setzt.

Wer die Feststellung, dass die westliche Logik von Krieg und Regimechange nun krachend gescheitert ist als Binsenweisheit bezeichnet, die nichts bringt, flüchtet sich in Klein klein und ersetzt die lebensnotwendige Systemkritik durch Herumdoktern an Symptomen. Den Frieden zu sichern, verlangt Systemkritik.

Die Folgen

Die Wirkungen der Niederlage in Afghanistan holen die deutsche Politik bis hin zur Kommunalpolitik ein.

Flüchtlinge sind – wie Dietmar Bartsch (Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag) einmal sagte – Botschafter des Krieges. Sie kommen in den letzten Monaten in stark wachsender Zahl auch über Oder und Neiße nach Deutschland. Darunter sind nicht wenige aus Afghanistan.

Der vorherrschende Tenor in den deutschen Medien ist es, den Präsidenten von Belarus dafür verantwortlich zu machen. Nun erfüllt der tatsächlich die von der EU gewünschte Grenzsteherfunktion nicht (mehr), wie es der türkische Präsident gegen gute Bezahlung tut.

Wenn wir die Bilder von der „EU-Außengrenze“ von Polen und Litauen zu Belarus sehen und von der wachsenden Zahl von Toten an dieser Grenze hören, dann erleben wir erneut, was die Bekenntnisse der Europäischen Union zu den Menschenrechten Wert sind, wenn es ernst wird. Das ist aber nicht neu. Schon vor zehn Jahren schrieb Günter Grass: *„Es ist dringend nötig, dass sich in Europa Bürgerinnen und Bürger zusammentun, um auf einen ungeheuerlichen Skandal aufmerksam zu machen: das Tausendfache, von unseren Behörden und Regierungen weitgehend vertuschte, Massensterben an den Außengrenzen der Europäischen Union. Mit dem Abbau von Mauer und Stacheldraht im Innern hat sich die ‚Festung Europa‘ gegenüber ihren Nachbarregionen nur umso mehr abgeschottet. Die Wachtürme, die einst das Bild am ‚Eisernen Vorhang‘ prägten, sind nicht verschwunden, sondern nur um einige hundert Kilometer versetzt worden.“*

Die Menschen, die diese Grenzen überwunden haben, kommen nach einigen hundert Kilometern an Oder und Neiße an. Und von den dort Aufgegriffenen nimmt Polen – wie „BILD“ den Leiter der zentralen Erstaufnahme in Eisenhüttenstadt zitiert „nur etwa 20 Prozent der Flüchtlinge zurück.“

Vor der Kommunalpolitik stehen damit drei Aufgaben: Es ist der Hohn zu entlarven, mit der die offizielle Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten bei allem geheuchelten Mitgefühl gegenüber sogenannten „Ortskräften“ den geflüchteten Menschen tatsächlich begegnen, es ist die Beseitigung dieses teils überstaatlich organisierten Unrechts zu fordern und es ist gleichzeitig überall in unseren Kommunen alles dafür zu tun, den Betroffenen ihr hartes Schicksal zu erleichtern.

Für letzteres gibt es auch im Landkreis Oder-Spree schon wichtige Initiativen.

Der September-Kreistag

Der Kreistag am 29. September fand nach längerer pandemiebedingter Pause wieder im Landratsamt in Beeskow statt. Er wurde eingeleitet mit einem Gedenken an die Opfer der

Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen.

Danach berichteten Angehörige von Freiwilligen Feuerwehren unseres Landkreises über ihren Hilfeein-

satz an der Ahr. Gerade nach den Erfahrungen des Oder-Hochwassers war das ein Teil der gelebten Solidarität des Landkreises Oder-Spree mit den jetzt Betroffenen. Den Berichten folg-

te eine Ehrung der Feuerwehrleute durch den Landrat und durch den Vorsitzenden des Kreistages.

Die Fraktionen hatten sich bereits im Vorfeld darauf verständigt, auch materielle Solidarität zu üben und für einen Spendenaufruf auch einen Grundbetrag aus Mitteln des Landkreises von 200 T€ zur Verfügung zu stellen. Der Kreistag besiegelte diese Verständigung durch Beschluss.

Die „Wohnkostenlücke“

In den Sommermonaten fand die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag in die Medien, in der es um die „Wohnkostenlücke“ – also die Differenz zwischen den tatsächlichen und den anerkannten Kosten ging, auf der von Hatz IV Betroffenen sitzenbleiben.

Im Landkreis war zum 1. Juli 2021 die Anpassung der dafür maßgeblichen „Angemessenheitswerte“ fällig. Die Kreistagsfraktion hat eine entsprechende Anfrage an den Landrat gestellt und die zur Verfügung stehenden amtlichen Statistiken auch selbst ausgewertet.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass diese Lücke Anfang 2015 im Landkreis pro Bedarfsgemeinschaft bei rund 45 € im Monat lag. Zu Beginn des Jahres 2021 betrug diese „Wohnkostenlücke“ weniger als einen Euro.

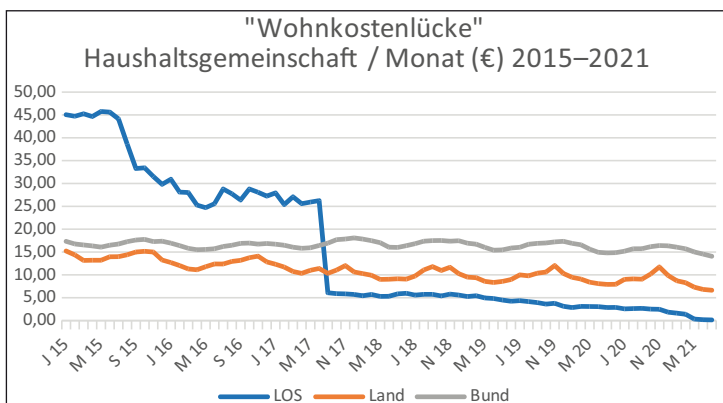
Den größten Rückgang dieser Differenz gab es in LOS in zwei Schritten Mitte 2015 und 2017. Es gibt Bundes- und Landesweit aber noch immer abnorme Unterschiede. Die fallen nicht vom Himmel. Sie werden auch durch (kommunal-) politische Auseinandersetzungen beeinflusst. In LOS hatte die Kreistagsfraktion 2015 und 2017 mit zwei Auflagen ihrer Broschüre „Kosten der Unterkunft im Landkreis Oder-Spree – Soziales, Rechtliches und Willkürliches“ in diesen Prozess

eingegriffen, auch in den Folgejahren nicht lockergelassen und darüber auch regelmäßig im *Widerspruch* berichtet. Die folgende Entwicklung zeugt davon, dass diese Arbeit nicht ohne Wirkung geblieben ist und hier im Landkreis seit geraumer Zeit verantwortungsvoll gearbeitet wird. Unsere Aufmerksamkeit wird auch künftig nicht nachlassen.

Anfrage zu wirtschaftlichen Wirkungen der Afrikanischen Schweinepest im Landkreis

In der öffentlichen Wahrnehmung tritt die im Landkreis grassierende Afrikanische Schweinepest natürlich hinter die unmittelbar die Menschen bedrohende Corona-Pandemie zurück. Sie bedroht dennoch die wirtschaftliche Existenz nicht weniger Menschen im Landkreis. Der Kreistag hatte bereits im Dezember 2020 nach einem gemeinsamen Antrag unserer Fraktion mit der Fraktion FDP/BJA/BVFO eine Entschließung angenommen hatte, in der es hieß: *„Was benötigt wird, ist nicht nur eine nationale Strategie des Umgangs mit der Afrikanischen Schweinepest, sondern darüber hinaus ein abgestimmtes Handeln der Europäischen Union, dass sich nicht in der Fragen der Finanzierung von Zäunen oder der Regularien für die Bekämpfung der Tierkrankheit erschöpft, sondern auch die Existenz der vielen in der Landwirtschaft und in den damit verbundenen Gewerben Beschäftigten im Auge hat, die in ihrer Existenz bedroht sind.“*

Die Situation hat sich seitdem nicht entspannt. Und politisch waren in letzter Zeit Dissonanzen zwischen Land und Bund über die erforderlichen Hilfen für Betroffene zu vernehmen. Wir hatten deshalb den Landrat nach den wirtschaftlichen Folgen der Afrikanischen Schweinepest im Landkreis Oder-Spree befragt. Dabei wurden Probleme deutlich, zu deren



deutlich, zu deren Regelungen verändert werden müssten. So werden für die Entschädigungen Schäden nicht berücksichtigt, die sich aus dem Verbot der

Wiederbelegung, dem Besamungsverbot, fehlenden Schlachtkapazitäten und dem Preisverfall für Ferkel und Mastschweine sowie aus den Absatzproblemen für Feldprodukte aus den Kernzonen ergeben.

Zur Unterstützung der Betroffenen müssten eigene Strukturen aufgebaut und für den Seuchenfall vorgehalten werden. Dafür fehlen aber einheitliche rechtliche Grundlagen, auch wie es sich in der Konsequenz um Eingriffe in die wirtschaftliche Tätigkeit handelt.

Der politische Umgang mit der Afrikanischen Schweinepest ist schon für sich gesehen eine Schweinerei. Dass man in der Tageszeitung *jungen Welt* vom 4. Oktober aus dem Munde des sächsischen (CDU-) Agrarministers erfahren musste, dass die Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner (auch CDU) jüngst zu einem „Schweinegipfel“ eingeladen hatte „bei dem ausgerechnet Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern außen vor waren“, die „das Bollwerk gegen die Schweinepest“ sind, setzt dem Ganzen die Krone auf.

So sieht es konkret aus, wenn Ostdeutsche noch im Angesicht der Jubelfeiern zum 3. Oktober 2021 zu den Opferlämmern der bundesdeutschen Sauwirtschaft gemacht werden.

Es ist einer Politik der Kampf anzusagen, in der die Bauern in unserer Region zum Opfer der Wahrung der Interessen von Großbetrieben weiter westlich werden.

Tesla

Dem Kreistag am 29. September 2021 lag ein „Sachstandsbericht über die Begleitung der Tesla-Ansiedlung in Grünheide (Mark) durch die Kreisverwaltung Oder-Spree“ vor. Damit informierte die Kreisverwaltung über ihre Aktivitäten in dieser Sache.

Unter anderem hatte der Kreistag auf Antrag unserer Fraktion den Land-

Impressum:
Linke Politik im Kreistag Oder-Spree – Informationen der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN im Kreistag Oder-Spree;
V.i.S.d.P.: Dr. Artur Pech, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN, E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-oder-spree.de;
Druck: SAXOPRINT GmbH, 01277 Dresden
Redaktionsschluss: 5. Oktober 2021
Auflage: 2 000 Exemplare
Autor aller nicht namentlich gekennzeichneten Beiträge und der Fotos dieser Ausgabe: Dr. Artur Pech

rat am 12. Februar 2020 beauftragt, „gegenüber den Aufgabenträgern die Forderung nach der zügigen Umsetzung der Entlastung der Gemeinde Neu Zittau und der Stadt Erkner vom Durchgangsverkehr zu bekräftigen“ und festgestellt: „In Aussicht stehende Industrieansiedlungen dürfen nicht zu einer weiteren Zuspitzung der bereits bestehenden unzumutbaren Belastungen für die Bevölkerung führen.“

Dem Sachstandsbericht war nunmehr zu entnehmen, dass der Landrat diesem Auftrag nachgekommen ist.

Das Ergebnis ist jedoch unbefriedigend. Von Seiten des Landesbetriebs Straßenwesen Brandenburg wird derzeit nicht geplant, entsprechende Maßnahmen umzusetzen.

Unsere Fraktion hat daher beantragt, dass der Kreistag den Ministerpräsidenten und die Landesregierung auffordert dafür Sorge zu tragen, dass ihre nachgeordneten Landesbehörden den berechtigten Interessen der Betroffenen Rechnung tragen und sie mit entsprechenden Maßnahmen zu beauftragen. Der Kreistag ist diesem Antrag gefolgt und hat eine entsprechende Entschließung beschlossen.

Im Zusammenhang mit der Tesla-Ansiedlung sind noch viele Probleme zu bewältigen. Da aber bei einem Produktionsbeginn in Grünheide die Auswirkungen auf den Verkehr unverzüglich eintreten, müssen die kommunalen Vertretungen der Tatenlosigkeit der Landesregierung und der ihr nachgeordneten Behörden mit Nachdruck entgegenzutreten. Das hat der Kreistag getan.

Kreisstrukturfonds

Seit 2019 gibt es im Landkreis eine „Richtlinie zur Unterstützung der Kommunen“. Mit dieser Richtlinie soll klammen kreisangehörigen Kommunen, die Finanzierung des Eigenanteils ermöglicht werden, den sie aufbringen müssen, wenn sie Förderprogramme



Das Landratsamt – nach coronabedingter Wanderschaft des Kreistages wieder Sitzungsort.

für Investitionen in Anspruch nehmen wollen. Zu gut deutsch: Den Kommunen, die nicht einmal Förderprogramme in Anspruch nehmen können, weil sie das Geld für den geforderten Eigenanteil nicht haben, soll so diese Möglichkeit eröffnet werden. Das ist praktische Solidarität mit denen, die sich teilweise nicht das Nötigste leisten können und wird mit dem Fachbegriff „Ausgleichfunktion des Landkreises“ bezeichnet. Diese Richtlinie war bisher im Kreishaushalt mit 1 Mio. € ausgestattet.

In Vorbereitung auf den Haushalt 2022 haben wir einen gemeinsamen Antrag von Fraktionen des Kreistages mit eingebracht, diesen Betrag auf bis zu 3 Mio. €, mindestens aber 2 Mio. Euro zu erhöhen.

Der Landkreis Oder-Spree ist mit Ende des Haushaltsjahres 2021 schuldenfrei.

Die Auswirkung der Pandemie für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 werden auch für den Kreishaushalt spürbar sein, deshalb ist eine konservative Planung durch die Verwaltung angeraten.

Da der Landkreis aber über ausreichende finanzielle Mittel, wie Rücklagen/Überschüsse verfügt, kann er diesen Zeitraum unbeschadet überstehen. Anders dagegen die kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Ämter, für die dieser Zeitraum mit erheblichen Einschränkungen verbunden sein wird.

Deshalb ist für sie eine finanzielle Unterstützung für die weitere Entwicklung unabdingbar und zugleich ein wichtiges politisches Signal, dass der Landkreis sich mit seinen Kommunen solidarisiert. Bereits in den Planungsdiskussionen zum Haushalt 2021 wurde seitens der Kreisverwaltung ausgeführt, dass die Kreisumlage konstant bei 36 Prozent bleibt.

Dieser Beschluss wurde vom Kreistag angenommen. Er ist nun mit der Aufstellung des Haushaltes einzuplanen und wird mit allen Beteiligten gemeinsam mit dem Haushalt zu beraten sein.

Pandemie

Die Wirkungen der Pandemie sind auch im Landkreis vielfältig. Wie in den Informationen über Linke Politik im Kreistag mehrfach dargestellt, musste sich der Landkreis mit vielfältigen Fol-

gen des außerordentlich kritikwürdigen Umgangs auch des Landes Brandenburg mit diesen Problemen auseinandersetzen.

Eine bezeichnende Nachricht erreichte mich dazu wenige Tage vor dem Kreistag. Da erfuhr ich von Eltern einer Schöneicher Grundschule, dass dort für 21 Klassen noch 15 Lehrkräfte zur Verfügung standen. Es wurden Klassen zusammengelegt und es gab Hilferufe an Eltern der dort beschulten Kinder.

Nun gibt es für Schulen ein systembedingtes Zuständigkeitschaos. Die kommunalen „Schulträger“ sind für Haus, Hof und Garten der Schulen zuständig – für die Grundschulen die Städte und Gemeinden, für die weiterführenden Schulen der Landkreis. Sobald es um die Bildung, um den Unterricht geht, ist das Land, sind die staatlichen Schulämter zuständig.

Ich habe dennoch den Landrat gebeten, beim staatlichen Schulamt in dieser Sache zu intervenieren.

Wie er vor dem Kreistag berichtete, hat er das getan. Nach den ihm vorliegenden Informationen war der extreme, durch einen hohen Krankheitsstand bedingte Engpass zum Zeitpunkt des Kreistages überwunden. Festzuhalten bleibt jedoch, dass hier das Problem nicht bei der Krankheit der Lehrkräfte zu suchen ist. Das Land wurde seit den 90er Jahren tatsächlich in einen extremen Lehrermangel gesteuert. Auszubaden haben es die Kinder und die Familien in den Städten und Gemeinden des Landes und die unterrichtenden Lehrkräfte.

Geschäftsordnung

Für die Öffentlichkeit weniger interessant, für unsere Arbeit aber wichtig sind herangereifte Notwendigkeiten zur Organisation der Arbeit des Kreistages. Nach dem Erlass einer „Kommunalen Notlagenverordnung“ hatte der Kreistag im Dezember 2020 seine Geschäftsordnung geändert. Mit dem Auslaufen dieser Verordnung im Sommer und den vom Landtag beschlossenen Änderungen der Kommunalverfassung ist neuer Regelungsbedarf entstanden. Bei der Diskussion unseres Antrages, diese Fragen bis zur Sitzung im Dezember zu klären, ergab sich dafür eine solche Zustimmung, dass eine formale Beschlussfassung nicht mehr erforderlich erschien.